



HESSEN



Bericht aus Brüssel

14/2025 vom 07.07.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	3
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	7
Energie.....	8
Digital.....	8
Forschung.....	9
Finanzen.....	11
Landwirtschaft und Umwelt.....	11
Justiz.....	12
Inneres.....	14
Veranstaltungen.....	15
Vorschau.....	17

Institutionelles

Rat; Ratspräsidentschaft von DNK

DNK übernimmt vom 01.07.-31.12.2025 den Vorsitz im Rat der EU. Unter dem Motto "Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel" hat die DNK Ratspräsidentschaft die beiden übergreifenden Prioritäten sicheres Europa und wettbewerbsfähiges und grünes Europa festgelegt. Die DNK EU-Ratspräsidentschaft plant sich für eine starke und entschlossene EU einzusetzen, die Verantwortung für ihre eigene Sicherheit und für die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit übernimmt. Der grüne Übergang ist für den Aufbau eines sichereren und wettbewerbsfähigeren Europas laut dem Programm der dänischen Ratspräsidentschaft unerlässlich.

<https://danish-presidency.consilium.europa.eu/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Rat; EU-Kanada-Gipfel, Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft

Auf dem EU-Kanada Gipfel am 23.06.2025 vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der EU, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Präsident des Europäischen Rats António Costa sowie Premierminister von Kanada Mark Carney, ihre Zusammenarbeit und Partnerschaft zu vertiefen. Es wurde eine neue Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft unterzeichnet, die Kanadas Beitrag zu Europas schnell entwickelnder Verteidigungsarchitektur stärken soll. Weiterhin ist geplant, die Aufnahme von Gesprächen über ein neues bilaterales Abkommen zu beginnen, mit dem Ziel, Kanada den Zugang zur gemeinsamen europäischen Rüstungsbeschaffungsinitiative SAFE zu gewähren. Dies würde es laut Kommission ermöglichen, Investitionen in innovative Verteidigungsprojekte zu lenken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_1600

Rat; Schlussfolgerungen zu Syrien

Der Rat hat am 23.06.2025 Schlussfolgerungen zu Syrien angenommen. Darin bekräftigt die EU u.a. ihre Entschlossenheit, an der Seite der syrischen Bevölkerung zu stehen und einen friedlichen und inklusiven Übergang unter syrischer Führung und Eigenverantwortung zu unterstützen. Die EU hat alle ihre verbleibenden Wirtschaftssanktionen gegen Syrien aufgehoben, um den alle Seiten einschließenden politischen Übergang sowie die rasche wirtschaftliche Erholung, den Wiederaufbau und die Stabilisierung Syriens zu unterstützen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10688-2025-INIT/en/pdf>

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 24.06.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Naturschutzgutschriften - ein Rahmen für die Förderung von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen“ sowie „Lage der Energieunion: Vorbereitungen für eine reibungslose Energiewende im Einklang mit den Zielen des Pakets Fitfür55“. Außerdem fand ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „Anpassung an den

Klimawandel in Städten und Regionen: der Europäische Plan zur Anpassung an den Klimawandel“ statt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=218059&meetingSessionId=2273553>

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Es fanden keine Abstimmungen oder Meinungsaustausche zu Stellungnahmen oder Arbeitsdokumenten aus dem Fachkommissionsarbeitsprogramm statt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=224939&meetingSessionId=2282051>

167. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)

Am 02./03.07.2025 fand in Brüssel die 167. AdR-Plenarsitzung statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Marktvorschriften und Stützungsmaßnahmen im Weinsektor“, „eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung“, „mehr als nur eine Finanzierungsfrage: lokale und regionale Gebietskörperschaften mobilisieren öffentliche und private Ressourcen für wirksame Maßnahmen im Nachgang zu den Energiewende-Dialogen vor Ort“, „Deal für eine saubere Industrie“, „Generationengerechtigkeit: ein lokaler und regionaler Ansatz für die Gestaltung inklusiver und nachhaltiger Gesellschaften“, „ein einfacheres und schnelleres Europa“, „Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern“, „Klimapolitik als Beitrag der EU zur COP 30 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC)“ sowie „Überarbeitung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“. Außerdem fanden Aussprachen mit Jessika Roswall, für Umwelt, resiliente Wasserversorgung und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft zuständiges Mitglied der Kommission sowie mit Antonio Decaro (ITL/S&D), Vorsitzender des ENVI-Ausschusses im EP, statt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=217647&meetingSessionId=2273072>

Wirtschaft

Kommission; Eröffnung einer Konsultation zu einer EU-Tourismusstrategie

Die Kommission hat am 20.06.2025 eine Konsultation zu der von ihr geplanten EU-Tourismusstrategie eröffnet. Diese geplante Mitteilung soll sich laut Kommission auf die Förderung eines nachhaltigen Tourismus fokussieren, um die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Ziel sei es, sich an den Nachhaltigkeitszielen der EU auszurichten, die Rolle des Tourismus in der Wirtschaft zu stärken und sektorübergreifende Synergien zu fördern. Die Konsultationsfrist endet am 12.09.2025.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14739-EU-tourism-strategy-de>

Eurostat; Anstieg des Exports unternehmensbezogener Dienstleistungen um fast 5%

Eurostat veröffentlichte am 20.06.2025 die Daten zum Export unternehmensbezogener Dienstleistungen bezogen auf das Jahr 2023. Danach exportierten die Mitgliedstaaten 2023 technische, handelsbezogene und sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen (z. B. Engineering, Abfallbehandlung und

Operating-Leasing) im Wert von 154,3 Mrd. EUR in Länder außerhalb der EU und importierten 136,6 Mrd. EUR, was zu einem Handelsüberschuss von 17,7 Mrd. EUR führte. Die Exporte stiegen um 4,8%, während die Importe im Vergleich zu 2022 um 0,5% zurückgingen. UK war im Jahr 2023 der größte Handelspartner der EU für technische, handelsbezogene und sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen. Mehr als ein Fünftel aller Exporte ging nach UK mit 32,5 Mrd. EU), gefolgt von den USA mit 26,8 Mrd. EUR und der Schweiz mit 16,4 Mrd. EUR. Bei den EU-Einfuhren stammte mehr als ein Viertel aus UK (36,2 Mrd. EUR; 26,5%), während die USA und die Schweiz auch hier an zweiter und dritter Stelle lagen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250620-1>

Eurostat; Zunahme des Handels zwischen der EU und dem Mercosur

Eurostat veröffentlichte am 20.06.2025 die Handelsdaten zwischen der EU und dem Mercosur bezogen auf das Jahr 2024. Danach importierte die EU im Jahr 2024 Waren im Wert von 56 Mrd. EUR und exportierte Waren im Wert von 55,2 Mrd. EUR aus den vier Gründungsländern des Mercosur („Mercado Común del Sur“) – Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Im Vergleich zu 2023 stiegen die Importe um 4,2%, während die Exporte um 1,3% zurückgingen. Brasilien war mit 89,5 Mrd. EUR der größte Mercosur-Partner, gemessen an seinem Anteil am Gesamthandel der EU (Importe und Exporte), gefolgt von Argentinien mit 16,4 Mrd. EUR. Die am häufigsten aus der EU in den Mercosur exportierten Produkte waren Arzneimittel und pharmazeutische Erzeugnisse mit 6,8 Mrd. EUR. Die Exporte von Arzneimitteln und pharmazeutischen Erzeugnissen stiegen damit im Vergleich zu 2014 um 85,9%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20250620-3>

Kommission; Neuer Rahmen für staatliche Beihilfen zur Unterstützung des Deals für eine saubere Industrie

Die Kommission hat am 25.06.2025 den neuen Beihilferahmen „für den Deal für eine saubere Energie“ (CISAF) angenommen. Er ersetzt den seit 2022 geltenden „Befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels“ und gilt bis 31.12.2030. Ziel ist es laut Kommission insbesondere, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken. Die Beihilfenvorschriften werden in fünf Hauptbereichen vereinfacht. Diese sind: der Ausbau erneuerbarer Energien und die verstärkte Nutzung kohlenstoffarmer Brennstoffe; befristete Strompreisentlastungen für energieintensive Industrien; die Dekarbonisierung bestehender Produktionsanlagen; die Entwicklung von Fertigungskapazitäten für saubere Technologien in der EU; die Verringerung der Risiken von Investitionen in saubere Energie, Dekarbonisierung, saubere Technologien, Energieinfrastrukturprojekte und Vorhaben zur Unterstützung der Kreislaufwirtschaft.

https://competition-policy.ec.europa.eu/about/contribution-clean-just-and-competitive-transition/clean-industrial-deal-state-aid-framework-cisaf_en

Kommission; Vorlage des EU-Weltraumpaketes

Die Kommission hat am 25.06.2025 als Paket einen Verordnungsvorschlag zur Sicherheit, Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Raumfahrtaktivitäten in der EU (Weltraumgesetz) sowie eine Mitteilung mit dem Titel „Eine Vision für die europäische Weltraumwirtschaft“ vorgelegt. Ziel ist laut Kommission die Schaffung eines Binnenmarkts für Weltraumtätigkeiten durch die Schaffung eines kohärenten und stabilen Rechtsrahmens. Der Vorschlag soll daher auch Rechtssicherheit für Raketen- oder Satellitenhersteller schaffen. Der Verordnungsvorschlag stützt sich aus Sicht der Kommission auf drei zentrale Säulen: Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit. Die vorgeschlagenen Vorschriften sollen sowohl für EU- sowie nationale europäische Akteure als auch für Anbieter aus Nicht-EU-Staaten gelten, die Dienste in der EU

offerieren. Mit der Mitteilung soll laut Kommission die sich wandelnde globale Weltraumwirtschaft sowie die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs und der geopolitischen Spannungen bewältigt werden.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-space-act_en

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/vision-european-space-economy_en

Kommission; Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zu kritischen Rohstoffen

Die Kommission hat am 27.06.2025 gemäß Artikel 26 der Verordnung über kritische Rohstoffe den Entwurf einer Durchführungsverordnung vorgelegt. Der Entwurf enthält eine Liste von Produkten, Komponenten und Abfallströme, die aus Sicht der Kommission ein hohes Potenzial für die weitere Verwendung kritischer Rohstoffe haben. Diese Liste soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen nationale Kreislaufwirtschaftsprogramme zu erstellen, die Maßnahmen zu verschiedenen Aspekten der Kreislaufwirtschaft enthalten, z.B. Wiederverwendung, Recycling, Abfallvermeidung und -sammlung. Mit der Vorlage hat sie eine Konsultation eröffnet, die am 25.07.2025 endet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14677-Critical-raw-materials-products-components-and-waste-streams-with-a-high-potential-to-recover-critical-raw-materials_en

Kommission; Bekanntgabe einer grundsätzlichen Einigung über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine

Die Kommission gab am 30.06.2025 bekannt, dass sie „die Verhandlungen mit der Ukraine über die Überprüfung der vertieften Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine (DCFTA) abgeschlossen“ hat. Das Abkommen soll laut Kommission zur schrittweisen Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt beitragen. Beide Vertragsparteien kündigten laut Presseinformation der Kommission an, nun an der Feinabstimmung der technischen Elemente des Abkommens zu arbeiten. Nach seiner Verabschiedung soll das überarbeitete DCFTA laut Kommission für beide Seiten von Vorteil sein, da es einen Rahmen für langfristige wirtschaftliche Sicherheit und stabile Handelsbeziehungen biete. Das Abkommen stützt sich auf die drei Säulen gleiche Wettbewerbsbedingungen, eine solide Schutzklausel für beide Seiten und verbesserte Handelsströme zwischen der EU und der Ukraine.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1672

EuG; Urteil zum Verfahren der Fusionskontrolle im Rahmen der geplanten Übernahme von Boissons Heintz durch die Brasserie Nationale

Das EuG hat in der Rechtssache T 289/24 Brasserie Nationale gegen die Kommission am 02.07.2025 die Klage von Brasserie Nationale abgewiesen. Bei dem Rechtsstreit geht es um den Beschluss der Kommission, im dem sie den Verweisungsauftrag der Wettbewerbsbehörde in LUX stattgegeben hatte. Die Wettbewerbsbehörde hatte bei der Kommission gemäß der Fusionskontrollverordnung beantragt den Zusammenschluss von Boissons Heintz und der Brasserie Nationale zu prüfen. Die Kommission gab dem Antrag statt, da sie der Auffassung war, dass der Zusammenschluss den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen könne und den Wettbewerb im luxemburgischen Hoheitsgebiet erheblich zu beeinträchtigen drohe. Brasserie Nationale focht den Beschluss an, u. a. mit der Begründung, dass der Verweisungsantrag nach Ablauf der Frist gestellt worden sei. Das EuG bestätigt den Beschluss der Kommission den Zusammenschluss zu prüfen Dies begründet sie u.a. damit, dass die Frist gar nicht zu laufen beginnt, solange dem betreffenden Mitgliedstaat nicht alle entsprechenden Informationen übermittelt worden sind.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-289/24>

EuGH; Schlussanträge zu Mindestgebühren für Bücherlieferungen in FRA

Am 03.07.2025 legte der Generalanwalt am EuGH Maciej Szpunar seine Schlussanträge in der Rechtssache C 366/24 vor. In der o.a. Rechtssache beanstandet Amazon eine Verordnung in FRA, die Mindestgebühren für den Versand von Büchern nach Hause festlegt. Amazon ist der Ansicht, dass diese Regelung gegen die sog. Dienstleistungsrichtlinie verstößt. Der französische Staatsrat hat daher dem EuGH eine Reihe von Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt. Der Generalanwalt schlägt dem EuGH vor, dass Art. 1 Abs. 4 und Art 16, Buchstabe b der sog. Dienstleistungsrichtlinie so interpretiert werden sollten, dass die nationalen Vorschriften, die einen Mindesttarif für die Hauszustellung einer Bestellung von einem oder mehreren Büchern festlegen, in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen und damit unzulässig sind. Die Vorschriften können aber gemäß Artikel 16 der Richtlinie gerechtfertigt sein, wenn die dort festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-366/24>

V e r k e h r

EuG; Klageabweisung von Ryanair

Am 25.06.2025 hat das EuG in der Rechtssache T-366/22 die Klage von Ryanair gegen die von der Kommission erteilte Genehmigung der Covid-19-Beihilfe von DEU zugunsten von Condor für das Jahr 2020 als unbegründet abgewiesen. Ryanair sei es nicht gelungen, nachzuweisen, dass die Kommission aufgrund von ernsthaften Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt ein förmliches Prüfverfahren hätte einleiten müssen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-366/22>

Kommission; Vorschlag zur Verlängerung der Befreiung emissionsfreier schwerer Nutzfahrzeuge von Maut- und Benutzungsgebühren

Die Kommission hat am 27.06.2025 einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG „hinsichtlich der Verlängerung des Zeitraums, in dem schwere Nutzfahrzeuge mit Nullemissionen in den Genuss erheblich ermäßigter Infrastruktur- oder Benutzungsgebühren oder von Befreiungen von diesen Gebühren kommen können“, vorgelegt. Die Kommission verfolgt damit mit Verweis auf den Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des nachhaltigen Straßenverkehrs zu fördern und zu unterstützen. Die Kommission will einen erheblichen Anreiz für Unternehmen schaffen, in emissionsfreie schwere Nutzfahrzeuge zu investieren. Daher schlägt sie vor, die derzeitige Befreiungsfrist die 31.12.2025 enden würde, bis zum 30.06.2031 zu verlängern. Dieser Befreiungszeitraum sei mit den CO2-Emissionsnormen der EU für neue schwere Nutzfahrzeuge abgestimmt, die bis 2030 eine Senkung der Emissionen um 43% vorsehen.

https://transport.ec.europa.eu/document/download/58fb844f-74b1-4352-ac8d-27f69c774cee_en?filename=com_2025_348_en.pdf

Energie

Kommission; Konsultation zu einem „Bürger-Energiepaket“

Die Kommission hat am 19.06.2025 eine Konsultation zu der von ihr geplanten Mitteilung über ein „Bürger-Energiepaket – Schutz und Befähigung der Verbraucher beim gerechten Übergang“ eröffnet. Mit dem geplanten „Bürger-Energiepaket“ sollen laut Kommission die anhaltenden Herausforderungen bewältigt werden, welche die Menschen daran hindern, den Energiemarkt vollständig zu verstehen, daran teilzunehmen und darin angemessen geschützt zu werden. Wichtig ist aus Sicht der Kommission, dass künftig sichergestellt wird, dass bei der Energiewende keine Region, keine Gemeinschaft oder keine Person zurückgelassen wird.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14737-Citizens-Energy-Package-protecting-and-empowering-consumers-in-the-just-transition_de

Eurostat; Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien sinkt im 1. Quartal 2025

Eurostat veröffentlichte am 19.06.2025 ihre Daten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bezogen auf das erste Quartal 2025. Danach stammten 42,5% des in der EU erzeugten Nettostroms aus erneuerbaren Energiequellen. Gegenüber dem ersten Quartal 2024 entspricht dies einem Rückgang um 4,3 Prozentpunkte. Der deutliche Anstieg der Stromerzeugung aus Solarenergie (von 40,9 TWh im ersten Quartal 2024 auf 55 TWh im ersten Quartal 2025) reichte laut Eurostat nicht aus, um den Rückgang der Wasser- und Windproduktion (von 260,5 auf 218,5 TWh im gleichen Zeitraum) auszugleichen. Unter den Mitgliedstaaten hatte DNK im ersten Quartal 2025 mit 88,5% den höchsten Anteil erneuerbarer Energien an der Nettostromerzeugung, gefolgt von PTL (86,6%) und KRO (77,3%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250619-2>

EuGH; Urteil zum Austausch von Vermögenswerten zwischen RWE und E.ON

Der EuGH hat mit Urteil vom 26.06.2025 in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 464/23 P, C 465/23 P, C 467/23 P, C 468/23 P und C 470/23 P sowie in den Rechtsmittelsachen C 466/23 P, C 469/23 P, C 484/23 P und C 485/23 P die Klagen von neun deutschen Stadtwerken (darunter GGEW, Gruppen-Gas- und Elektrizitätswerk Bergstraße AG mit Sitz in Bensheim) gegen die Kommission als unzulässig abgewiesen. Eine individuelle Betroffenheit der Stadtwerke durch die Genehmigung der Transaktionen von E.ON und RWE habe laut EuGH nicht festgestellt werden können. Bei den Transaktionen ging es um den Erwerb und den Austausch der Anlagen der E.ON zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren und kerntechnischen Quellen durch RWE.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-464/23>

Digital

Kommission; KI-Instrumente auf Online-Plattform für Forscher und Industrie

Die Kommission hat am 24.06.2025 auf ihrer KI-on-Demand-Plattform neue Funktionen vorgestellt, die der Allgemeinheit den Zugang zu vertrauenswürdigen KI-Tools und -Lösungen erleichtern sollen. Dazu zählen ein KI-Marktplatz, ein Entwicklungsinstrument mit minimalem Programmieraufwand sowie sichere Angebote für generative KI und große Sprachmodelle. Die Plattform, richtet sich gezielt an Innovatoren, KMU, Unternehmen und öffentliche Organisationen und soll diese mit maßgeschneiderten Ressourcen und gebrauchsfertigen Modulen unterstützen. Die

Plattform fungiert laut Kommission als zentraler Zugangspunkt zu einem gemeinsamen KI-Instrumentarium und soll damit die europäischen Kompetenzen gemäß dem Aktionsplan für den KI-Kontinent stärken. Insgesamt soll die Plattform die sichere und skalierbare Einführung von KI in europäischen Branchen sowie dem öffentlichen Sektor deutlich beschleunigen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-launches-ai-tools-online-platform-researchers-and-industry>

Kommission; Europäische Quantenstrategie bis 2030

Die Kommission hat am 02.07.2025 eine Quantenstrategie vorgestellt, um Europa bis 2030 weltweit an die Spitze der Quantenwissenschaft und -technologie zu bringen. Die Strategie zielt laut Kommission darauf ab, ein starkes und souveränes Quantenökosystem zu fördern, das Innovationen unterstützt, Forschung in marktreife Produkte umsetzt sowie hochqualifizierte Arbeitsplätze schafft. Die Kommission prognostiziert bis 2040 einen Wert von 155 Mrd. EUR für den Quantensektor. Schlüsselmaßnahmen umfassen die Unterstützung von Forschungsinitiativen, den Ausbau von Quanteninfrastrukturen, die Schaffung von Pilotanlagen für Quantenchips sowie ein europäisches Quanten-Internet sowie die Förderung von Quantenkompetenzen durch spezialisierte Akademien und Cluster.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-launches-strategy-make-europe-quantum-leader-2030>

F o r s c h u n g

Rat; Forschung; Europäischer Forschungsraum; ERA; Euratom-Programm

Am 20.06.2025 hat der Rat zwei Dossiers zur Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums (ERA) verabschiedet. Eine Empfehlung des Rates widmet sich der Entwicklung des ERA bis 2027 und stellt einen umfassenden „Fahrplan“ für den ERA dar, der laut Rat darauf abzielt, das europäische Ökosystem für Forschung und Innovation (F&I) zu stärken, große Herausforderungen in den Bereichen Wissensmobilität, Nachhaltigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu bewältigen und gleichzeitig messbare Ergebnisse zu erreichen. Zu den neuen Prioritäten in der ERA gehört die Verbesserung der Forschungssicherheit in der EU, die Vertiefung des Prinzips der offenen Wissenschaft (Open Science), die Beschleunigung des Einsatzes der verantwortlichen KI in der EU und die stärkere Verknüpfung von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit der Entscheidungsfindung (Science for Policy). Zudem votierten die Ratsdelegationen für die Verordnung zur Festlegung des Forschungs- und Ausbildungsprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft für den Zeitraum 2026-2027. Die Verordnung vervollständigt laut Rat das Programm Horizont Europa und stellt Mittel für Forschung und Ausbildung in Bereichen wie der Verbesserung der nuklearen Sicherheit, des Strahlenschutzes und der Entsorgung radioaktiver Abfälle bereit und unterstützt die Entwicklung der Kernfusion.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9236-2025-INIT/en/pdf>

Kommission; JRC; Bericht zur Wirkung der generativen KI

Am 20.06.2025 hat die Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der Kommission einen wissenschaftlichen Bericht zum Thema generative KI (GenAI) veröffentlicht. Der Bericht kommt laut Kommission zu dem Fazit: GenAI könnte Innovation und Produktivität in Schlüsselsektoren in der EU, vom Gesundheitswesen über die Bildung bis hin zur Kultur- und Kreativwirtschaft, erheblich steigern. Der Bericht unterstreicht

das transformative Potenzial von GenAI für Innovation, Produktivität und gesellschaftlichen Wandel. Betont wird aber auch laut Kommission, dass die rasante Entwicklung bereichsübergreifende Risiken birgt – einschließlich der Verstärkung von Fehlinformationen, algorithmischer Verzerrung, Unterbrechung des Arbeitsplatzes und Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes –, die dringend Aufmerksamkeit erfordern. Um die Vorteile von GenAI zu nutzen und gleichzeitig die Grundrechte zu wahren, unterstreicht der Bericht die Notwendigkeit eines multidisziplinären und strategischen politischen Ansatzes. Er fordert eine enge Angleichung an die EU-Rechtsvorschriften wie das KI-Gesetz und die Datengesetzgebung sowie an die KI-Innovationspolitik der EU, um sicherzustellen, dass GenAI vertrauenswürdig und inklusiv bleibt und vollständig mit den demokratischen Werten und EU-Gesetzen im Einklang steht.

<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC142598>

Kommission; Empfehlungen für Horizont Europa; Dual Use, zivil-militärische Nutzung

Am 25.06.2025 hat die Kommission zwei Expertenberichte vorgelegt, die sich mit der künftigen Ausrichtung des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa ab 2028 befassen und diesbezügliche Empfehlungen aussprechen. Die Berichte widmen sich laut Kommission dem Umgang mit Technologien, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke genutzt werden können (d.h. mit Dual-Use-Potenzial). Der erste Bericht „Making the Most of EU Research and Innovation Investments: Rethinking Dual Use“ schlägt vor, Dual-Use-Forschungskomponenten in das nächste Rahmenprogramm sowie eine entsprechende Koordinierung mit dem Europäischen Verteidigungsfonds zu integrieren. Zentrale Empfehlungen sind laut Kommission: die Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit und die Förderung von Bewusstsein und Wissenstransfer sowie die Einrichtung institutioneller Ethik- und Sicherheitskomitees. Der zweite Bericht mit dem Titel „Unlocking the Potential of Dual-Use Research and Innovation“ bietet laut Kommission praxisnahe Einblicke in die anvisierte Umsetzung. Der Bericht plädiert für Kohärenz zwischen dem Exportkontroll-, dem Forschungs- und dem Wirtschaftssicherheitsrahmen. Dual-Use-Potenzial solle jeweils frühzeitig identifiziert werden.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/new-publications-dual-use-provide-strategic-input-future-eu-ri-policies-2025-06-25_en

Kommission; Forschung; Biowissenschaften; Strategie;

Am 02.07.2025 hat die Kommission eine neue Strategie für das breite Spektrum der Biowissenschaften (Life Sciences) vorgelegt. Die Strategie zielt laut Kommission darauf ab, das Potenzial der Lebenswissenschaften für die Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Gesellschaft voll auszuschöpfen. Die Bereiche Lebensmittel, Gesundheit, Arzneimittel und Umwelt werden laut Kommission erstmals mit breiterem Ansatz umfasst. Die Strategie sieht neue Maßnahmen vor, darunter einen Investitionsplan für klinische Forschung, eine Initiative für Mikrobiom-Lösungen und die Einrichtung einer neuen Koordinierungsgruppe für die Lebenswissenschaften. Die Kommission möchte durch die Strategie insgesamt ein „dynamisches Life-Science-Innovationsökosystem“ schaffen. Im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa möchte die Kommission durch die Arbeitsprogramme in 2026–27 bis zu 100 Mio. EUR für die Entwicklung und Einführung mikrobiombasierter Lösungen bereitstellen. Darüber hinaus möchte die Kommission 250 Mio. EUR für sektorübergreifende Life-Science-Technologien mobilisieren, um die Entwicklung neuer Produkte zu unterstützen. Die Kommission sieht in der Strategie auch vor, dass rund 300 Mio. EUR investiert werden sollen, um die Beschaffung biowissenschaftlicher Innovationen in

Bereichen wie Anpassung an den Klimawandel, Impfstoffe der nächsten Generation und erschwingliche Krebslösungen zu fördern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1686

Finanzen

Rat; Wichtigste Ergebnisse der Tagung des Rates Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)

Der Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) führte auf seiner Sitzung am 20.06.2025 einen Gedankenaustausch zu den Vorschlägen der Kommission für eine umfassende Reform zur Modernisierung der Zollunion der EU (Zollreformpaket) vom 17.05.2023. Der Rat bekundete in der Sitzung seine breite Unterstützung für eine rasche Einigung über sein Verhandlungsmandat. Das Zollreformpaket zielt laut Kommission darauf ab, der EU angemessene Mittel an die Hand zu geben, um die Einfuhr nicht konformer Güter in die EU zu unterbinden, Zölle effizienter zu erheben und angemessene Kontrollen durchzuführen, ohne Behörden und Händler übermäßig zu belasten. Zudem nahm der Rat die Kommissionsempfehlung zur Aufnahme von BUL in die Eurozone zum 01.01.2026 an.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2025/06/20/>

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Verordnungsvorschlag für ein verbindliches Klimaziel bis 2040

Die Kommission hat am 02.07.2025 einen Verordnungsvorschlag zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1119 zur Festlegung eines Rahmens für die Erreichung der Klimaneutralität vorgelegt. Die Kommission schlägt darin ein verbindliches EU-Klimaziel von 90% Emissionsminderungen bis 2040 im Vergleich zu 1990 vor. Damit will die Kommission ihre politischen Leitlinien umsetzen und Investoren sowie Unternehmen Planungssicherheit geben, Innovation stärken und Energieversorgungssicherheit Europas sichern. Der neue Vorschlag lässt laut Kommission den Mitgliedstaaten aber Freiraum bei der Umsetzung dieses Ziels bzw. bei der Gestaltung der künftigen Rechtsinstrumente zur Erreichung dieses Ziels bis 2040. Dazu schlägt sie vor allem als neues Element eine begrenzte Rolle für hochwertige internationale Gutschriften ab 2036 vor sowie des Weiteren die Nutzung des inländischen dauerhaften Abbaus im EU-Emissionshandelssystem und eine größere Flexibilität zwischen den Sektoren. Darüber hinaus gäbe der Vorschlag einen klaren Rahmen für die EU-Klima- und Energievorschriften für die Zeit nach 2030 vor, wobei die nationalen Besonderheiten berücksichtigt werden sollen. Der Vorschlag beruhe auf den Leitprinzipien Kostenwirksamkeit, Einfachheit und Effizienz zusammen mit der Sicherstellung der Technologieutralität und einem Übergang, der fair und gerecht für alle ist.

https://climate.ec.europa.eu/document/download/e1b5a957-c6b9-4cb2-a247-bd28bf675db6_en

Rat; Standpunkt zu den Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU

Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten haben sich am 23.06.2025 auf das Verhandlungsmandat des Rates für die Vereinfachung der Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU geeinigt. Mit diesem Vorschlag sollen laut Rat die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) und die Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD) vereinfacht werden, indem der Meldeaufwand verringert und die Übertragung von Verpflichtungen (Trickle-Down-Effekt) auf kleinere Unternehmen begrenzt wird. Der DNK Ratsvorsitz kann nun Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufnehmen, um eine Einigung über dieses Dossier zu erzielen, sobald das Parlament seine eigene Verhandlungsposition festgelegt hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/23/simplification-council-agrees-position-on-sustainability-reporting-and-due-diligence-requirements-to-boost-eu-competitiveness/>

Rat; Parlament; Verbraucherschutz: Einigung über Modernisierung der Vorschriften für alternative Streitbeilegung

Rat und Parlament haben am 26.06.2025 eine vorläufige Einigung über die Aktualisierung, Vereinfachung und Erleichterung des bestehenden Rahmens für die alternative Streitbeilegung (AS) erzielt. Ziel ist es laut Rat, diese Verfahren zugänglicher, ansprechender und für das digitale Zeitalter besser geeignet zu machen. AS bezieht sich auf außergerichtliche Verfahren, die zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Verbrauchern und Unternehmen beitragen, in der Regel mit Hilfe eines neutralen Dritten. Mit der Einigung werden Unternehmen laut Rat Fristen gesetzt, um AS-Stellen Antwort zu konkreten Fällen zu erteilen. Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen AS-Stellen und Verbraucherschutzbehörden gestärkt werden. Zudem wird verdeutlicht, wie automatisierte Systeme – wie z. B. künstliche Intelligenz, maschinelle Übersetzung und andere IT-Lösungen – genutzt werden sollten, um alternative Streitbeilegungsverfahren effizienter zu gestalten, insbesondere in grenzüberschreitenden Fällen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/26/consumer-protection-council-and-parliament-reach-a-deal-to-modernise-alternative-dispute-resolution-rules/>

EuG; Urteil im Markenstreit um die Unionsmarke „NERO CHAMPAGNE“

Am 25.06.2025 hat das Gericht der EU über eine Klage gegen das Amt der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) in der Rechtssache T-239/23 (NERO CHAMPAGNE) entschieden und dadurch den Schutz der geschützten Ursprungsbezeichnung gestärkt. Im Jahr 2019 trug das EUIPO zugunsten des ITL Unternehmens NERO Lifestyle die Unionsmarke „NERO CHAMPAGNE“ für Schaumweine u.a. ein. FRA Weinverbände legten Widerspruch ein und trugen vor, der Ausdruck „Champagne“ genieße EU-weiten Schutz. Durch die Bezeichnung „Nero Champagne“ könne dieses aus ITL stammende Produkt von der Wertschätzung profitieren, die Verbraucher mit dem Namen Champagne verbinden. Die Beschwerdekammer des EUIPO sah hingegen keine konkrete Gefährdung, da das vorliegende Produkt alle vorgeschriebenen Bedingungen dieser Herkunft erfüllen würde. Das EuG gab dem Widerspruch statt und hob die Entscheidung der Beschwerdekammer auf. Nach Überzeugung des Gerichts nutzt die Wortmarke „NERO CHAMPAGNE“ das hohe

Ansehen der geschützten Herkunftsbezeichnung Champagne, welche eine geografische Herkunft und damit verknüpfte Eigenschaften garantiert, aus. Zusätzlich wird durch den Namenszusatz „Nero“ eine Irreführung hinsichtlich der Rebsorte und/oder der Farbe des Schaumweins ausgelöst.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=301649&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5962315>

EuGH; Schlussanträge zur Vorlagepflicht letztinstanzlich entscheidender Gerichte

Am 26.06. legte Generalanwältin Ćapeta ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-C-767/23 (Remling) vor und kommt zu dem Ergebnis, dass ein nationales letztinstanzliches Gericht in seinem Urteil nicht zwangsläufig nähere Angaben zum Absehen von einer Vorlage an den EuGH machen muss. In der vorliegenden Rechtssache stellte sich für den NDL obersten Gerichtshof (Raad van State) die Frage, ob ein nationales, letztinstanzlich entscheidendes Gericht bei einer Nichtvorlage explizit die Beweggründe hierfür angeben muss, auch wenn es durch nationales Recht berechtigt ist, die streitige Rechtssache unter Verwendung einer zusammenfassenden Begründung auf der Grundlage einer Standardformel zu entscheiden. In ihrem Schlussantrag führt Generalanwältin Ćapeta aus, dass die europarechtlichen Bestimmungen der nationalen Regelung nicht entgegenstehen. Eine Standardformel könne ausreichend sein, wenn diese es den Parteien ermöglicht, die Gründe zu verstehen, weshalb das Gericht sich gegen eine Vorlage an den EuGH entschieden hat. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn in der Entscheidung der Vorinstanz bereits hinreichend dargelegt wurde, warum EU-Recht für die Lösung des betreffenden Falles nicht relevant sei, keine Frage aufwerfe oder bereits durch EuGH-Rechtsprechung hinreichend geklärt sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=301748&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=6581828>

EuG; Urteil: Aufhebung von zwei Entscheidungen, mit denen die Wortmarke TESTAROSSA von Ferrari für bestimmte Waren für verfallen erklärt worden war

Das Gericht der EU hat am 02.07.2025 in den Rechtssachen in den Rechtssachen T-1103/23 und T-1104/23 (Ferrari/EUIPO – Hesse (TESTAROSSA)) zwei Entscheidungen aufgehoben, mit denen die Wortmarke TESTAROSSA für verfallen erklärt worden war. Die Ferrari SpA ist seit 2007 Inhaberin der Wortmarke TESTAROSSA, u. a. für Automobile, Einzelteile und Zubehör sowie Modellfahrzeuge (Spielzeug). Das mit zwei Anträgen auf Erklärung des Verfalls der Marke TESTAROSSA befasste Amt der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) erklärte diese Marke von Ferrari für verfallen. Es war der Ansicht, dass diese Marke für die Waren, für die sie eingetragen worden war, während eines ununterbrochenen Zeitraums von fünf Jahren zwischen 2010 und 2015 in der Europäischen Union nicht „ernsthaft benutzt“ worden sei. In seinen Urteilen hebt das von Ferrari angerufene Gericht die Entscheidungen des EUIPO auf.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=302010&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1673446>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=302011&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1673561>

EuG; Urteil: Prüfung von potenziellen Missbräuchen bei Verbraucherinsolvenz

Am 03.07. entschied das Gericht der EU in der Rechtssache T-582/23 (Wiszkier), dass bei einer Verbraucherinsolvenz das Insolvenzgericht die potenzielle Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln von Amts wegen prüfen können müsse. Diese Prüfung könne unabhängig davon erfolgen, ob die Forderungstabelle genehmigt

wurde und verbindlich ist. In dem zugrundeliegenden Fall geht es um ein Insolvenzverfahren über das Vermögen einer natürlichen Person in POL. Nach POL Recht ist die Forderungstabelle für das Insolvenzgericht bindend, das nicht befugt ist, Vertragsklauseln zu prüfen. Es kann lediglich den Insolvenzrichter befassen, damit er diese Prüfung vornimmt und gegebenenfalls die Forderungstabelle ändert. Außerdem erlauben es die Verfahrensvorschriften nicht, vorläufige Maßnahmen zur Regelung der Situation des Schuldners zu treffen, bis diese Prüfung abgeschlossen ist. Das POL Insolvenzgericht hat sich an den EuGH gewandt mit der Frage, ob die nationale Regelung über das Insolvenzverfahren natürlicher Personen die Rechte, die das Unionsrecht Verbrauchern verleiht, wirksam schützt. Der EuGH verneint dies. In Ermangelung einer zuvor vorgenommenen Prüfung der Missbräuchlichkeit der fraglichen Klauseln verpflichtete das Unionsrecht das Insolvenzgericht, die entsprechende Beurteilung von Amts wegen vorzunehmen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=302052&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1678986>

I n n e r e s

Kommission; Konsultation zu Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität

Die Kommission hat am 18.06.2025 eine öffentliche Konsultation zum Thema organisierte Kriminalität gestartet. Die Sondierung zielt darauf ab, zu klären, ob und in welchem Umfang eine Überarbeitung ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität notwendig ist. Konkret geht es u. a. um die Definition krimineller Vereinigungen, Straftatbestände, Strafrahmen sowie mögliche Erweiterungen bei Ermittlungstechniken, dem Einsatz von Kronzeugen oder Spezialeinheiten. Ziel sei es, die strafrechtliche Reaktion auf organisierte Kriminalität zu stärken und operative Hindernisse abzubauen. Es besteht bis zum 16.07.2025 die Möglichkeit der Beteiligung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14639-Organisierte-Kriminalitat-bekampfen-neue-Vorschriften-der-EU_de#

Kommission; Konsultation zur Vorratsdatenspeicherung

Die Kommission hat am 20.06.2025 eine Konsultation zu einer möglichen EU-Regelung zur Vorratsdatenspeicherung gestartet. Die Initiative zielt laut Kommission darauf ab, eine wirksame Strafverfolgung zu gewährleisten, indem Strafverfolgungsbehörden der benötigte Zugriff auf bestimmte „Nichtinhaltsdaten“ von Kommunikationsanbietern gewährt wird. Es besteht bis zum 12.09.2025 die Möglichkeit der Beteiligung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14680-Impact-assessment-on-retention-of-data-by-service-providers-for-criminal-proceedings_de

Kommission; Fahrplan für Zugang zu Daten bei der Strafverfolgung

Die Kommission hat am 24.06.2025 einen Fahrplan für den Zugang zu Daten bei der Strafverfolgung vorgelegt. Der Fahrplan folgt der Ansicht der Kommission, dass Strafverfolgungsbehörden bessere Instrumente und einen modernisierten Rechtsrahmen benötigen, um auf rechtmäßige Weise auf digitale Daten zugreifen zu können. Der Fahrplan umfasst die sechs Schlüsselbereiche „Vorratsdatenspeicherung“, „Rechtmäßige Überwachung“, „Digitale Forensik“, „Entschlüsselung“, „Normung“ und „KI-Lösungen für die Strafverfolgung“. Die

Mitgliedsstaaten werden von der Kommission aufgefordert, den Fahrplan auf der informellen Tagung des Innenrats am 22./23.07.2025 zu erörtern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1599

EuGH; Urteil zum Rechtsschutz gegen ablehnende Asylentscheidungen

Der EuGH hat in der Rechtssache C-610/23 am 03.07.2025 ein Urteil zu verfahrensrechtlichen Voraussetzungen eines Rechtsbehelfs gegen eine ablehnende Asylentscheidung verkündet. Hierin hat er entschieden, dass Vorschriften, wonach ein Antragsteller auf internationalen Schutz persönlich zur Verhandlung über die Prüfung seines Rechtsbehelfs erscheinen muss und wonach bei Nichtbeachtung dieser Verpflichtung die Vermutung gilt, dass der Rechtsbehelf unzulässig ist, gegen EU-Recht verstoßen. Der EuGH ist der Ansicht, dass derartige Vorschriften nicht mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar sind. Darüber könne die Verpflichtung des Antragstellers, persönlich zu erscheinen, dann eine unangemessene und übermäßige Belastung für Antragsteller auf internationalen Schutz darstellen, wenn sie sich nicht in der Region aufhalten, in der das Rechtsmittel verhandelt wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=A0CCD5F7FA8CCE4C39840D414E36552C?text=&docid=302054&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1641899>

V e r a n s t a l t u n g e n

„Europa in einer multipolaren Welt – Wie kann die EU den Herausforderungen gegenüber Großmächten begegnen?“

Auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, und des Leibniz-Forschungsnetzwerks „Umweltkrisen – Krisenumwelten“ gemeinsam mit dem Forschungszentrum „Normative Ordnungen“ – Goethe-Universität Frankfurt fand am 01.07.2025 in der Reihe „Crisis Talks“ eine Veranstaltung mit dem Titel „Europa in einer multipolaren Welt – Wie kann die EU den Herausforderungen gegenüber Großmächten begegnen?“ statt. In ihrer Begrüßung sprach die Geschäftsführerin des Forschungszentrums „Normative Ordnungen“, Rebecca C. Schmidt, die aktuelle Weltlage an, welche die normative globale Ordnung auf die Probe stelle, weshalb die EU ihre Rolle dementsprechend neu definieren müsse. In ihrem Impuls hob die Direktorin des PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, die aktuell veränderte politische Weltordnung hervor, in der die EU als Vertreterin der regelbasierten Ordnung mit dem finalen Ziel des kooperativen Friedens sich nicht aus der globalen Verantwortung stehlen dürfe, sondern die eigenen Entscheidungsprozesse verändern sowie eine europäische Verteidigungsstruktur aufbauen müsse. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Prof. Dr. Nicole Deitelhoff und der ehemalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des EP, sowie Senior Fellow am Aspen Institut, Elmar Brok. In der Diskussion wurde betont, dass Europa sich nach wirtschaftlichen Maßstäben als zweitgrößte Handelsmacht durchaus als Großmacht sehen könne, auf politischer Ebene davon aber noch weit entfernt sei. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Lucia Schulten, Europa-Korrespondentin der Deutschen Welle in Brüssel.

„Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit – ein (un)geeintes Europa?“

Unter der Überschrift „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit – ein (un)geeintes Europa?“ veranstalteten die Hessische Landesvertretung und der Bundesverband

deutscher Banken (BdB) am 01.07.2025 in der Hessischen Landesvertretung eine Dinner-Diskussion zur aktuellen Beziehungslage zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit. Begrüßt wurden die Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher in Europa und der Welt tätigen Banken aber auch politische Expertinnen & Experten von Vertretungen bei der EU – etwa der britischen oder der amerikanischen – vom Mitglied der BdB-Geschäftsleitung Kolja Gabriel sowie von Frau Staatssekretärin Karin Müller, die eingangs nicht nur die ökonomischen, auch historisch gewachsenen Beziehungen zwischen Hessen und Großbritannien hervorhob, sondern auch ein besonderes Herzensanliegen unterstrich: „Da die Basis der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU immer auf der Zusammenarbeit von Menschen beruht, möchte ich einen ganz persönlichen Wunsch an uns Alle richten: Lassen Sie uns die in der Vergangenheit erfolgreich etablierten Austauschprogramme zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wieder stärken, neue aufbauen und zukunftsorientiert ausrichten!“ Nach einer angeregten und anspruchsvollen Diskussion über den Stand der Beziehungen im Anschluss konnten sich die Versammelten in ihrer Analyse darauf einigen, dass ein vorsichtiger, aber wachsender Optimismus zu spüren sei. Mit der richtigen Mischung aus politischem Willen und Engagement der Branche könnten die EU und das Vereinigte Königreich ein Finanzökosystem aufbauen, das nicht nur weltweit wettbewerbsfähiger, sondern in Krisenzeiten auch widerstandsfähiger sei.

„Commercial Court and Commercial Chambers made in Hessen“

Am 03.07.2025 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU die Veranstaltung „Commercial Court and Commercial Chambers made in Hessen“ statt, um dieses neue Angebot der hessischen Justiz an vor allem international tätige Unternehmen, Investoren und Rechtsanwender zur Streitbeilegung für nationale und internationale Wirtschaftsstreitigkeiten vorzustellen. Eingeladen hatten der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, und der Hessische Minister der Justiz und für den Rechtsstaat, Christian Heinz. In seinem Grußwort betonte Staatsminister Heinz, dass Hessen die Möglichkeiten des Justizstandort-Stärkungsgesetzes des Bundes nutze, um den Unternehmen einen verlässlichen und auf ihre Bedürfnisse angepassten effektiven Rechtsschutz zur Verfügung zu stellen. Mit dem Commercial Court am Oberlandesgericht und den Commercial Chambers am Landgericht stärke Hessen den Justizstandort Frankfurt und die Rechtsfortbildung im Wirtschaftszivilrecht. Dr. Alexander Seitz, Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main, betonte in seinem Impulsvortrag die Vorteile dieser seit dem 01.07.2025 eingerichteten neuen Spruchkörper, die in wirtschaftsrechtlichen Streitigkeiten eine bessere Planbarkeit des Prozesses, Verfahrenserleichterungen und erstmals auch die gerichtliche Verhandlung in englischer Sprache ermöglichen. Hessen leiste damit einen Beitrag zur Stärkung des Rechtsstandorts Deutschland. Die folgende Podiumsdiskussion unter Moderation von Hendrik Kafsack (Frankfurter Allgemeine Zeitung) drehte sich unter anderem um das Verhältnis des neuen Angebots zur bereits bestehenden Schiedsgerichtsbarkeit. Dr. Patrick Otto vom Bundesverband der Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen (BUJ) verwies darauf, dass es wichtig sei, wählen zu können, wo ein Verfahren geführt werde. Dr. Reinmar Wolff von der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) hob hervor, dass sein Verband das neue Angebot nicht als Bedrohung empfinde. Vielmehr werte ein starker Justizstandort auch die deutsche Schiedsgerichtsbarkeit auf. Prof. Dr. Evelyn Henning vom hessischen Justizministerium unterstrich, dass die neuen Verfahrensvorschriften dazu beitragen sollten, Verfahren zu beschleunigen und den Parteien von Anfang an eine Mitsprache hinsichtlich des Verfahrensablaufs zu geben. Es bestand Einigkeit, dass es einen Markt sowohl für staatliche Angebote zur Streitbeilegung gebe als auch

für private Angebote wie die Schiedsgerichtsbarkeit. Es gebe überdies Verknüpfungen zwischen beiden Verfahren, wenn es um die Vollstreckung gehe. Schließlich war sich die Runde einig, dass die deutsche Rechtsordnung international mit ihren Stärken werben solle.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

07.07.2025	Euro-Gruppe
08.07.2025	Rat Wirtschaft und Finanzen
14.07.2025	Rat Landwirtschaft und Fischerei
14.07.2025	Rat Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
15.07.2025	Rat Auswärtige Angelegenheiten
18.07.2025	Rat Allgemeine Angelegenheiten

Kommission

08.07.2025	Chemikalienpaket: Aktionsplan für die EU-Chemikalien-industrie Sechster Chemikalien-Omnibus Bericht zur Rechtsstaatlichkeit 2025 EU-Strategie zur Bevorratung Strategie zur Unterstützung medizinischer Gegenmaßnahmen bei Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit
16.07.2025	Mehrjähriger Finanzrahmen für die Zeit nach 2027: erstes Paket Weißbuch zur Überprüfung der EU- Betrugsbekämpfungsarchitektur

Europäisches Parlament

Plenarsitzung im Europäischen Parlament vom 07.-10.07.2025

- Gedenken an den 30. Jahrestag des Völkermords von Srebrenica
- Misstrauensantrag gegen die Kommission
- Finanztätigkeiten der Europäischen Investitionsbank - Jahresbericht 2024
- Produktsicherheit und Einhaltung von Rechtsvorschriften im elektronischen Handel und bei Einfuhren aus Drittländern

- Erklärung der Kommission - Willkürliche Verurteilung des Schriftstellers Boualem Sansal und des Journalisten Christophe Gleizes
- Debatte über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA
- Neues Klimaziel der EU für 2040: Debatte über Kommissionsvorschlag
- Chemikalienpaket: Debatte über die Vorschläge der Kommission
- Gedenken an den 30. Jahrestag des Völkermords von Srebrenica - Erklärung der Präsidentin
- Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des dänischen Ratsvorsitzes - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Rolle der Gasspeicherung bei der Sicherung der Gasversorgung vor der Wintersaison
- MwSt – Steuerpflichtige und Sonderregelungen für die Erklärung und Entrichtung bei Fernverkäufen von eingeführten Gegenständen
- Sicherheit der Energieversorgung in der EU
- Lage im Nahen Osten, insbesondere in Iran - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Albanien
- Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Bosnien und Herzegowina
- Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Nordmazedonien
- Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Georgien
- Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 26. und 27. Juni 2025 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission
- Vorbereitung des Gipfeltreffens EU-China 2025 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Produktsicherheit und Einhaltung von Vorschriften im elektronischen Handel und bei Einfuhren aus Drittstaaten
- Tragweite des Kriegs Russlands gegen die Ukraine für die Menschen und dringende Notwendigkeit, die russische Aggression zu beenden – Lage der illegal inhaftierten Zivilisten und Kriegsgefangenen und anhaltende Bombenangriffe auf Zivilisten - Entschließungsanträge
- EU-Strategie für eine krisenfeste Union angesichts der bevorstehenden Waldbrandsaison - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Europäische Bürgerinitiative „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen“
- Änderung der Verordnung (EU) 2023/1542 in Bezug auf die Pflichten der Wirtschaftsakteure hinsichtlich der

Strategien zur Erfüllung der für Batterien geltenden Sorgfaltspflicht

- Die Zukunft des Biotechnologie- und Bioproduktionssektors in der EU, insbesondere im Hinblick auf die Nutzung von Forschungsergebnissen, die Förderung von Innovationen und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
- Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung angesichts des hochrangigen politischen Forums 2025
- Erklärungen des Rates und der Kommission - Stand der Umsetzung des Europäischen Gesetzes über die Medienfreiheit in den Mitgliedstaaten
- Erklärung der Kommission - Überarbeitung des europäischen Klimagesetzes
- Erklärungen des Rates und der Kommission - Lage in Belarus, insbesondere die Freilassung der politischen Gefangenen
- Lehren aus Budapest Pride: die dringende Notwendigkeit eines EU-weiten Antidiskriminierungsgesetzes und die Verteidigung der Grundrechte gegen Angriffe von rechts
- Einspruch gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 GO: Entwaldungsverordnung - Liste der Länder mit niedrigem oder hohem Risiko
- Erklärung der Kommission - Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027
- Willkürliche Verhaftung und Folter des belgisch-portugiesischen Forschers Joseph Figueira Martin in der Zentralafrikanischen Republik
- Dringende Notwendigkeit des Schutzes religiöser Minderheiten in Syrien nach dem jüngsten Terroranschlag auf die Mar-Elias-Kirche in Damaskus
- Bekämpfung der kritischen Rohstoffexportbeschränkungen Chinas
- Erklärung der Kommission - Endometriose: Europas Weckruf zu den geschlechtsspezifischen Gesundheitslücken

Ausschuss der Regionen

07.07.2025

CIVEX-Fachkommissionssitzung

Stärkung der territorialen Dimension der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz (Abstimmung)

Einrichtung eines gemeinsamen Systems für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der Europäischen Union aufhalten (Meinungsaustausch)

Lokale und regionale Perspektiven bei der Umsetzung der Europäischen Strategie für die innere Sicherheit ProtectEU (Meinungsaustausch)

11.07.2025 NAT-Fachkommissionssitzung
Strategie für ein ausgewogenes und adaptives
Management für einen nachhaltigen und resilienten
Tourismus in der Europäischen Union
(Meinungsaustausch)
Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln (Meinungsaustausch)
Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge
(Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

07./08.07.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Gutachtensache 1/24 (Luftverkehrsabkommen mit Oman) – Zuständigkeit für den Abschluss des Luftverkehrsabkommens mit Oman

09.07.2025

Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-163/23 Fritz Egger u. a. /, und T-167/23 LAT Nitrogen Piesteritz und Cornerstone / ECHA (Melamin) – Aufnahme von Melanin in die Kandidatenliste zulassungspflichtiger Stoffe

09.07.2025

Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-304/24 bis T-306/24 sprd.net / EUIPO (Großbuchstabe „I“ und rotes Herz auf einem Bekleidungsstück im linken Brustbereich, auf einem Innenetikett bzw. außen im Nackenbereich) – Anmeldung eines Zeichens als Positionsmarke

09.07.2025

Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-1170/23 bis T-1173/23 Spin Master Toys UK / EUIPO - Verdes Innovations (Form eines Würfels mit Flächen in Gitterstruktur) – Markenstreit um Rubrik's Cube

09.07.2025

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-1031/23 Kaili / Parlament – Zugang zu Dokumenten

09.07.2025

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-534/24 Gotek – Verbrauchsteuern (KRO)

10.07.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-258/24 Katholische Schwangerschaftsberatung – Kündigung wegen Austritts aus der katholischen Kirche (DEU)

10.07.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-554/24 P Polen / Kommission (Rückwirkende Aufhebung einstweiliger Anordnungen) – Zwangsgeld gegen Polen wegen Tagebau Turów

10.07.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-797/23 Meta Platforms Irland (Gerechter Ausgleich) – Online-Nutzung von Presseveröffentlichungen (ITL)

10.07.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-722/23 Rugu und C-91/24 Aucroix – Europäischer Haftbefehl: Vollstreckung der Freiheitsstrafe im Inland

15.07.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-523/24 Sociedad Civil Catalana – Amnestie in Katalonien (ESP)

15.07.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-666/24 Asociación Catalana de Víctimas de Organizaciones Terroristas (ACVOT) – Amnestie in Katalonien

Die Zeit vom 16. Juli bis 1. September 2025 ist an sich sitzungsfrei. Grundsätzlich finden weder mündliche Verhandlungen statt noch werden Urteile verkündet oder Schlussanträge verlesen.

Am Mittwoch, 16. Juli, verkündet jedoch das Gericht noch ein Urteil (s. unten). Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass während der sitzungsfreien Zeit z.B. in Eilverfahren ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

16.07.2025

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-480/24 Le Pen u.a. / Parlament – Rückforderung zu viel gezahlter Beträge

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 18.07.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	USA
---------------------------------------	------------